

Vorlage der Verwaltung		Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 03.05.2017	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 4.1		Bezeichnung der Vorlage: Antrag der CDU, AfW und FDP vom 04.04.2017_Anträge in den politischen Gremien		Datum: 30.05.2017
Vorlage-Nr: VO/4081/17				Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:				
Ö/N	Datum	Gremium		
Ö	13.06.2017	Rat der Stadt Wegberg		

Sachverhalt:

Mit Datum vom 03.04.2017 haben die Fraktionen CDU, AfW und FDP den Antrag gestellt, der als Anlage beigefügt ist.

Der Rat ist berechtigt, Sachanträge und Verfahrensanträge zu stellen.

Durch die „Liste der offenen Anträge“ erhalten Mandatsträger in den Gremien einen entsprechenden Überblick über den aktuellen Sachstand der von Ihnen eingereichten Anträge nach § 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wegberg.

Die Verwaltung wird, wenn voraussehbar, das Datum der Sitzung, in der der Antrag behandelt werden soll, in allen Anträgen nach der Sommerpause nennen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis.

Anlage/n:

Antrag der CDU, AfW und FDP_Anträge in den politischen Gremien vom 03.04.2017

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
Gez. Lambertz FBL FB BBM

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

Stadt Wegberg
Der Bürgermeister
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

03. April 2017

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Aktiv für Wegberg und FDP
nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wegberg**
Anträge in den politischen Gremien

Sehr geehrter Herr Stock,

die Anträge der einzelnen Fraktion bilden einen wesentlichen Schwerpunkt der politischen Arbeit und stellen damit ein wichtiges Instrumentarium für die Weiterentwicklung unserer Stadt dar. Aus Sicht der Antragssteller ist es sinnvoll, dass der Prozess der Antragsbearbeitung und Beratung weiter verbessert wird. Die regelmäßige Auflistung aller noch offenen Anträge in den Fachausschüssen hat sich bewährt und bietet Politik und Verwaltung stets einen aktuellen Überblick. Dieser bisherige Prozess ist für zukünftige Anträge noch zu verfeinern.

Unsere Fraktionen beantragen daher, dass die Verwaltung beauftragt wird, den Prozess der Antragsbearbeitung und Beratung wir folgt zu erweitern:

Bei zukünftig gestellten Anträgen benennt die Verwaltung eine beabsichtigte Bearbeitungsdauer bzw. einen voraussichtlichen Erledigungstermin. Außerdem soll bei einer Überschreitung dieser Termine eine Abweichungsanalyse erfolgen und mögliche Hinderungsgründe aufgezeigt werden.

Dieses Verfahren bietet Politik und Verwaltung ein höheres Maß an Transparenz und Planbarkeit ihrer Arbeit.

Freundliche Grüße

Petra Otten
CDU-Fraktion

Nicole von den Driesch
Fraktion Aktiv für Wegberg

Christoph Böhm
FDP-Fraktion